VR-05-169 Gemeinsam statt allein. Internationale Zusammenarbeit stärken. Die internationale Zusammenarbeit ist weltweit in der Krise

Antragsteller*in: Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)

Änderungsantrag zu VR-05

Von Zeile 169 bis 178:
~~Der Weg aus der Krise zu einem neuen Verständnis der IZ als strategisch relevanten Bereich von Regierungshandeln führt auch über den Umbau der institutionellen Verankerung. Dafür braucht es ein BMZ, bei dem die strategischen Kompetenzen und Kapazitäten der IZ gebündelt sind. Die Humanitäre Hilfe gehört unbedingt mit dazu und sollte im BMZ verankert werden. Das fördert die Integration in die IZ. Wir fordern, neben dem Budget für klassische Entwicklungszusammenarbeit auch das Budget für Humanitäre Hilfe wieder deutlich aufzustocken und stärker in Richtung des vorhandenen Bedarfs zu entwickeln – vor allem angesichts der nachhaltigen Bedeutung der IZ für stabile Lebensverhältnisse auf unserem gemeinsamen Planeten.~~

Der Weg aus der Krise zu einem neuen Verständnis der IZ führt vor allem über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung und die Stärkung internationaler und lokaler humanitärer Organisationen. Menschen in akuter Not brauchen schnelle, bedarfsgerechte Hilfe auf Basis der humanitären Prinzipien. Dafür muss die humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt verankert bleiben, wo die humanitäre Diplomatie den humanitären Zugang und den Schutz humanitären Personals sicherstellt. Eine stärkere Verzahnung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung im Sinne des Humanitarian-Development-Peace-Nexus erfordert gemeinsame Strategien und die engere Abstimmung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMZ.

Begründung

Die humanitäre Hilfe steht weltweit massiv unter Druck. Während der humanitäre Bedarf infolge bewaffneter Konflikte, der Klimakrise und zunehmender Naturkatastrophen auf globalen Höchstständen fortläuft, kürzen internationale Geber ihre Mittel drastisch. Auch die Bundesregierung hat den deutschen Etat für humanitäre Hilfe gegenüber dem letzten Haushalt der Ampel-Koalition um mehr als die Hälfte reduziert. Gleichzeitig werfen die Umstrukturierungen im Auswärtigen Amt und die zunehmende Betonung außenpolitischer Interessen Fragen nach der künftigen Eigenständigkeit und bedarfsgerechten Ausrichtung der humanitären Hilfe auf. In dieser dramatischen Situation braucht es eine Stärkung der humanitären Hilfe statt einer institutionellen Verlagerung.

Humanitäre Hilfe ist zudem eng mit humanitärer Diplomatie verbunden. Die Aushandlung humanitären Zugangs, der Schutz humanitärer Helfender und das Eintreten für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts erfordern diplomatische Netzwerke, politische Kontakte und die Verhandlungsmöglichkeiten des Auswärtigen Amtes. Eine Trennung von humanitärer Finanzierung und humanitärer Diplomatie könnte die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands in internationalen Krisen erheblich schwächen.

Zugleich folgt humanitäre Hilfe einer anderen Logik als die Entwicklungszusammenarbeit. Sie darf nicht zur Durchsetzung strategischer, wirtschaftlicher oder geopolitischer Interessen instrumentalisiert werden. Eine Eingliederung ins BMZ birgt das Risiko, humanitäre Hilfe stärker entwicklungspolitischen Prioritäten unterzuordnen und ihre eigenständige, prinzipiengeleitete Ausrichtung zu schwächen. Die humanitären Prinzipien müssen unabhängig von der Ressortzuordnung uneingeschränkt gelten.

Eine bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung ist ausdrücklich sinnvoll. Der Humanitarian-Development-Peace-Nexus erfordert jedoch keine institutionelle Zusammenlegung, sondern eine verbindlichere Zusammenarbeit zwischen den Ressorts unter Wahrung ihrer unterschiedlichen Mandate.

Angesichts der dramatischen Finanzierungslücken muss die politische Priorität darauf liegen, humanitäre Hilfe bedarfsgerecht auszustatten, ihre Eigenständigkeit zu schützen und die humanitäre Diplomatie zu stärken. Eine Verlagerung ins BMZ löst keines dieser grundlegenden Probleme. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die ohnehin massiven Kürzungen durch eine Verschiebung der Haushaltsmittel zwischen den Ressorts weniger sichtbar werden.

weitere Antragsteller*innen

Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Miriam Laux (KV Stuttgart); Max Lucks (KV Bochum); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Felix Langer (KV Braunschweig); Nico Zöller (KV Miltenberg); Anja Hauke (KV Kassel-Stadt); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Patrick Vexler (KV Stuttgart); Hannes Sturm (KV Freiburg); Christopher Zehetbauer (KV Passau-Stadt); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Peter Fellmann (KV Kassel-Stadt); Markus Leick (KV Kassel-Stadt); Marie-Louise Puls (KV Fulda); Felix Gänsicke (KV Erlangen-Stadt); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Jonathan Conrad (KV Fulda); Felix Krohner (KV Dresden); sowie 88 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.